

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 14/15

Halle (Saale), 10. August 1930

6. Jahrgang

Die Deutsche Staatspartei

Reichsminister a. D. Dr. Külz schreibt: Schlicht und ernst, wie es der Zeit entspricht, in der wir leben, tritt sie vor das deutsche Volk: die Deutsche Staatspartei. Nicht als die Folgeerscheinung der Zerschlagung einer alten Partei, wie die rechts auftretenden Neugründungen, sondern als symbolische Vermählung des bewährten Alten mit dem vorwärtsdrängenden Neuem und Jungem; nicht als neuer Ausfluß materialistischer Orientierung unserer Politik, sondern zur Ueberwindung dieser schweren Krankheit unseres politischen Lebens durch den Staatsgedanken, nicht als Konzession an den Radikalismus unsrer Tage, sondern als Zusammenfassung der staatsbejahenden Kräfte auf der für eine positive und gesunde deutsche Politik allein möglichen mittleren Linie.

Der Staat bin ich. Dieses Wort des französischen Despoten gilt vielmehr als für die Monarchie für die Demokratie. Hier nicht für einen, sondern für alle; hier nicht im herrschenden, sondern im dienenden Sinne. Es gibt keinen tieferen und keinen höheren Sinn für den Staatsgedanken, als den, daß jeder einzelne sich fühlt als selbstverantwortlicher Mitträger am Schicksal seines Volkes und Staates. Wir liefen Gefahr, die Erkenntnis von der Größe dieses Staatsgedankens zu verlieren. Unse Zeit ist groß in der Organisation des Willens der berufsständischen oder wirtschaftlichen Schicht, sie ist klein in der Betätigung des Allgemeinwohls. Der Staat aber kann niemals arbeiten wie eine Spitzenorganisation der Gewerkschaften, niemals kann er sich auch zum Vollstrecker einseitiger kapitalistischer Machtbestrebungen hergeben, er ist immer Repräsentant des Volkswillens in seiner Gesamtheit. Wir müssen alle zusammen aus den Niederungen heraus, in die uns eine grausame Fügung gestoßen hat, ob wir Arbeiter oder Unternehmer, ob wir Bauer oder Kaufmann, ob wir Beamter oder Handwerker sind.

Soweit nicht der Todfeind jeder politischen Vernunft, der Radikalismus, von vornherein die Sinne verblendete, wächst in breiten Schichten des deutschen Volkes die Sehnsucht aus dem Irrgarten veralteter Parteidogmatik und abgegriffener Schlagworte in die freie Luft zielklaren Handelns für Staat und Volk zu kommen. Das Volk will klare, einfache und sinnfällige Ziele sehen, und wer sie ihm zeigt, findet noch immer Gefolgschaft. Bei der jungen Generation ringt ein starker Idealismus nach Ueberwindung des Jammers und Elends unserer Tage. Groß



ist die Gefahr, daß der politische Radikalismus diese erwachenden Kräfte auf Leerlauf setzt und in die Irre führt, und es ist deswegen ein nicht genug anzuerkennendes Verdienst der Deutschen Staatspartei, diese Kräfte einzuschalten in den Kreis der positiv am Staats- und Volkswohl arbeitenden Kräfte.

Wenn die Demokratische Partei sich zur Kündlerin und Förderin der neuen Deutschen Staatspartei macht, so erfüllt sie damit die historische Mission, die ihr von der Stunde ihrer Geburt an im neuen Deutschland zukam. Sie war schon bisher die Staatspartei schlechthin, ohne Rücksicht auf sozialistische Neben- oder Endziele, ohne Konzession auch an monarchistische Traumgebilde.

Was in der deutschen Geschichte, auch in der Monarchie, groß war, blieb auch ihr verehrungswürdig, aber ihr Blick blieb nicht in der Vergangenheit hängen, sondern richtete sich fest und klar auf die Gegenwart und Zukunft. Im Kampf um die Sicherung der neuen Staatsform stand sie in vorderster Front. Jetzt kommt der Kampf um den Staatsinhalt und die innere Staatsgestaltung — ihn zu führen ist die Mission der Deutschen Staatspartei.

Die Mission unserer Deutschen Demokratischen Partei geht somit in die Hände der neuen Deutschen Staatspartei über. Die endgültige Auflösung wird allerdings noch ein Reichsparteitag auszusprechen haben. Aber das ist ein nur formal zu bewertender Schritt, der nach dem Wahlkampf erfolgen wird. Schon für den bevorstehenden Wahlkampf tritt unser bisheriger Parteiname zurück. Das ist für alle Demokraten schmerzlich. Denn das Wort „Demokrat“ hat nicht nur Tradition, sondern auch einen ehrenvollen Klang in der deutschen Geschichte. Die Alten unter uns haben demokratisches Denken schon im Elternhause, vom Vater her als Kämpfer von 48 in sich aufgenommen. Und schon damals stellte jeder Demokrat die Reichseinheit des deutschen Volkes an die Spitze seines politischen Strebens. Die Jungen unter uns erkannten mit uns Alten in den Tagen drohender innerer Zerfleischung nach Beendigung des Völkerringens, daß nur die Aufrüttelung des Bürgertums durch die Demokratie erfolgen und der Staat als solcher nur als demokratisch-sozialer Volksstaat das deutsche Volk vor einem restlosen Zusammenbruch, vor den Schrecken und Folgen des Bürgerkrieges bewahren konnte. Daß wir nach Kräften im Sinne der Demokratie gearbeitet und daß wir stets die Wohlfahrt aller im politischen Tageskampf voranstellten, wird der Deutschen Demokratischen Partei eine spätere Geschichtsschreibung bescheinigen müssen. In der Gegenwart ging die breite Masse des Volkes mit uns nicht mit. Eine von politischen Phrasen befangene oder kleinlicher Interessenpolitik zuneigende Presse verdarb den inneren und gesunden Kern, der

im deutschen Volke für die Erkenntnis der Demokratie vorhanden war. Wollten wir jetzt nicht einem immer mehr anschwellenden zerstörenden Radikalismus gegenüber und angesichts einer immer mehr umsichgreifenden öden Interessenpolitik Staat und Volk in ihren Grundlagen gefährden, dann mußten gerade wir als Demokraten uns mit denen vereinigen, die noch guten Willens und Vernunftgründen zugänglich sind und die die deutsche Jugend zur Mitarbeit am Gesamtwohl heranziehen können.

So folgen wir Demokraten dem Ruf zur gemeinsamen und neuen politischen Arbeit in der Deutschen Staatspartei.

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle der D. D. P. hat in Anlehnung an die vom geschäftsführenden und vom Gesamtvorstand gefaßten Beschlüsse in ihrer entscheidenden Sitzung am 2. August folgende Entschließung gefaßt:

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Halle D. D. P. beschließt den Anschluß an die Deutsche Staatspartei und erklärt sich bereit, ihr den Parteiapparat für die Reichstagswahl zur Verfügung zu stellen.

Auf also und mit vereinten Kräften zu neuer politischer Arbeit! Die Deutsche Staatspartei ruft! Wir folgen und hoffentlich mit uns viele, denen die Nöte der Zeit die Augen öffnet.

Halle. Bei der öffentlichen Verfassungsfeier am Montag, den 11. August, 12 Uhr vorm., im „Stadtschützenhause“, hält Herr Minister Dr. Schreiber die Verfassungsrede. Wir bitten alle Parteifreunde, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Am Tage vorher, am Sonntag, den 10. August, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, tritt im „Stadtschützenhaus“ (roter Saal) der **Wahlkreisparteitag** unseres Bezirksverbandes zusammen. Außer den gewählten und stimmberechtigten Delegierten können als Gäste auch andere eingeschriebene Parteimitglieder an den Verhandlungen teilnehmen.

Kreisgruppe Eckartsberga. Am 19. Juli ist im Kreise Eckartsberga eine Kreisgruppe der D. D. P. gegründet worden. Vorsitzender: Arthur Köhn-Cannawurf; Schriftführer: Lehrer Walter Fugmann-Heldrunen; Beisitzer: Fritz Koch-Kölleda.

Mansfelder Seekreis. Im Kreistag des Mansfelder Seekreises ist Herr Kaufmann Quasdorff-Gerbstedt als demokratischer Kreistagsabgeordneter eingetreten.

Gerbstedt (Mansfelder Seekreis). Den Bemühungen der Freunde im Mansfelder Seekreis ist es gelungen, in Gerbstedt eine Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei zu gründen. Vorsitzender ist Kaufmann Edg. Quasdorff; Kassierer: Böttchermeister W. Klemm; Schriftführer: Sattlermeister Br. Stiebold; Ehrenvorsitzender: Lehrer i. R. Bauer.

Die neue Ortsgruppe stimmt der Gründung der Staatspartei ebenfalls zu.

Auslegung der Wählerlisten

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten für die am 14. September stattfindende Reichstagswahl vom 24. bis 31. August öffentlich ausliegen sollen. Allen Wählern ist dringend zu raten, sich von der Eintragung ihrer Namen in die Wählerliste zu überzeugen. Besonders wichtig ist dies für alle Wähler, die diesmal zum ersten Mal ihr Wahlrecht ausüben und für diejenigen, die seit der Wahl 1928 ihre Wohnung gewechselt haben.

Eine gefährliche Diskussion

In der Zeitschrift des „Deutschen Beamtenbundes“ wird eine Aussprache über eine Wahlliste des Berufsbeamtentums eröffnet. In dieser Aussprache nimmt G. Messerschmidt das Wort, um zu betonen, daß entscheidend bei dieser Frage sei, daß die Stärke der organisierten Beamtenschaft und ihrer Einflußmöglichkeit nicht mehr mittelbar über die verschiedenen politischen Parteien, sondern unmittelbar im Parlament eingesetzt wird. Es wird weiter betont, daß die organisierte Beamtenschaft den großen Vorteil hätte, daß sie in ihren Organisationen und ihrer Fachpresse den unerläßlichen Werbeapparat bereits besitzt. Die Schriftleitung des „Beamtenbundes“ stellt zwar fest, daß die Beamtenschaft energisch den Versuch machen muß, sich innerhalb der Parteien durchzusetzen, dieser Standpunkt ist aber nur zu halten, so heißt es weiter, wenn die Parteien auch entsprechende Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Beamtenschaft nehmen und das müsse selbstverständlich bei der Aufstellung der Kandidaten zum Ausdruck kommen. Die hier angeschnittene Diskussion erscheint als eine äußerst gefährliche Angelegenheit, gefährlich für die berechtigten Interessen des Beamtentums selbst.

Wenn die deutsche Beamtenschaft eine Sonderstellung gegenüber den Berufsständen einnehmen würde, so würde sie damit nur eine Frontstellung schaffen, die ihr nichts nützt, dem Gedanken des Berufsbeamtentums und dem Staat aber eine Schädigung bringen würde. In dem Zusammenhang darf hervorgehoben werden, daß die Deutsche Staatspartei in ihrem Aufruf ausdrücklich betont hat, daß die berufsständischen Organisationen aller Stände zu verantwortlicher Mitarbeit an Wirtschaft und Staat heranzuziehen sind. Weiter ist zum Ausdruck gebracht worden, daß das Berufsbeamtentum eine unentbehrliche Stütze von Staat und Verfassung bildet.

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 14/15

Halle (Saale), 10. August 1930

6. Jahrgang

Die Deutsche Staatspartei

Reichsminister a. D. Dr. Külz schreibt: Schlicht und ernst, wie es der Zeit entspricht, in der wir leben, tritt sie vor das deutsche Volk: die Deutsche Staatspartei. Nicht als die Folgeerscheinung der Zerschlagung einer alten Partei, wie die rechts auftretenden Neugründungen, sondern als **symbolische Vermählung** des bewährten Alten mit dem vorwärtsdrängenden Neuem und Jungem; nicht als neuer Ausfluß materialistischer Überwindung dieser Lebens durch den den Radikalismus ng der staatsbe- gesunde deutsche



ösischen Despoten
Demokratie. Hier
t im herrschenden,
eferen und keinen
daß jeder einzelne
ger am Schicksal
hr, die Erkenntnis
verlieren. Unsre
der berufsständi-
klein in der Be-
ber kann niemals
Gewerkschaften,
einseitiger kapitali-
mer Repräsentant
essen alle zusammen
grausame Fügung
ner, ob wir Bauer
werker sind.
nen Vernunft, der
endete, wächst in
hnsucht aus dem
gegriffener Schlag-
r Staat und Volk
d sinnfällige Ziele
mer Gefolgschaft.
r Idealismus nach
erer Tage. Groß